

Anhang: Kurze Begründung

Der Einsatz von Open-Source-Software in öffentlichen Verwaltungen bietet mehrere nachvollziehbare Vorteile:

- **Unabhängigkeit von Herstellern:** Vermeidung von Lock-in-Effekten und zu starker Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern, die Preis- und Entwicklungsbedingungen diktiert.
- **Potenzielle Kosteneinsparungen:** Lizenzkosten proprietärer Software machen nach Untersuchungen häufig **5 – 20 %** der IT-Gesamtausgaben aus – durch den Einsatz offener Software könnten laufende Lizenzzahlungen reduziert werden.
- **Flexibilität und Anpassbarkeit:** Der offen zugängliche Quellcode ermöglicht Anpassungen an lokale Anforderungen ohne zusätzliche Herstellerabhängigkeiten, z. B. bei der Integration kommunaler Fachanwendungen oder bei migrationsbedingten Entwicklungen.
- **Datenschutz und Sicherheit:** Durch offene Überprüfbarkeit des Codes können Sicherheitslücken transparenter erkannt und schneller behoben werden; dies fördert Vertrauen in die verwendete Software.

In Zeiten knapper öffentlicher Mittel und wachsender Anforderungen an digitale Souveränität und Transparenz sollte geprüft werden, inwieweit Open-Source-Software strategisch sinnvoll in der Gemeindeverwaltung eingesetzt werden kann.

Auch die **Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt)**, www.kgst.de fördert auf ihrer Website und in ihren Publikationen aktiv das Thema **Open-Source-Software** und **digitale Souveränität** für Kommunen:

1. **Fachpublikationen und Leitfäden:** Bereitstellung von Berichten, die Grundverständnis, Potenziale, Herausforderungen und Governance-Ansätze für Open Source vermitteln.
2. **Strategische Impulse:** Betonung der Rolle von Open Source als Hebel für digitale Unabhängigkeit und kommunale Selbstbestimmung in Verwaltungs-IT.
3. **Netzwerk-Engagement:** Beteiligung an Initiativen wie dem Kommunalen Open-Source-Board zur Förderung gemeinsamer kommunaler Lösungen und Erfahrungsaustausch.

Es gibt bereits viele erfolgreiche Beispiele für den Einsatz von Open-Source-Lösungen in den Kommunen. Ein Beispiel: Re@di-Kooperation (<https://readi.de/>) – mehrere Kommunen gemeinsam

Im **re@di-Verbund** arbeiten mehrere süddeutsche Städte und Gemeinden **gemeinsam an freien und offenen digitalen Lösungen**. Mitglieder sind z. B. **Baden-Baden, Bruchsal, Rastatt, Ettlingen, Gaggenau, Bühl, Bretten, Rheinstetten und Stutensee**.

- Diese Kommunen nutzen und entwickeln gemeinsam Open-Source-Software für klassische Verwaltungsprozesse (z. B. elektronische Akten, Bauantragswesen).
- Durch den Zusammenschluss werden **gemeinsame Standards, Schnittstellen und Weiterentwicklungen Open Source bereitgestellt** und voneinander genutzt.